

# Der Angreifer aus Bayern erzürnt die Freien Wähler

**Landtagswahl** FW-Landeschef Heinz Kälberer und Hubert Aiwanger werfen sich Eigeninteressen vor. *Von Rüdiger Bäßler*

In Berufung gehen? Vielleicht. „Wir warten erst mal das schriftliche Urteil ab“, sagt Heinz Kälberer, der Landesvorsitzende der Freien Wähler und frisch unterlegener Kläger bei Gericht. Das Landgericht Nürnberg-Fürth wies am Mittwoch die Namensschutzklage der Baden-Württemberger gegen die Bundespartei der Freien Wähler ab. Die Partei will mit einer sogenannten Landesvereinigung Freie Wähler Baden-Württemberg zur Landtagswahl kommenden Frühjahr antreten. Dem Vernehmen nach suchen die bisher 50 bis 60 Mitglieder der neuen Gruppe derzeit nach zugkräftigen Landtagskandidaten.

Kälberer nennt diese neu aufgetauchte Gruppierung mit offiziellem Sitz in Rottenburg eine „Abspaltungsgruppe“, ihre Absichten eine „Unverschämtheit“. Die Freien Wähler, wie die meisten Menschen in Baden-Württemberg sie kennen, wollen ausdrücklich keine Partei sein und haben sich mehrfach bei Mitgliederversammlungen gegen Kandidaturen bei Parlamentswahlen ausgesprochen. Eben aufgrund der

Parteilosigkeit, wegen der Absage an Klüngele und Proporz, seien die Freien Wähler in Summe mit Abstand die stärkste Kraft in baden-württembergischen Gemeinderäten, schlussfolgert Kälberer.

Hinter dem Versuch, für die Partei in Stuttgart Sitz und Stimme zu ergattern, steckt der omnipräsente Hubert Aiwanger, Stadtrat, Kreisrat, Fraktionsvorsitzender, Landes- und Bundesvorsitzender der Freien Wähler. 2008 gelang ihm ein bisher einmaliger Coup: er zog in den Münchner Landtag ein. Diesen Februar übernahm er auch den Bundesvorsitz seiner Partei. Nun will er, wie er sagt, in Stuttgart eine rot-grüne Koalition verhindern. Auf Kälberer sei dabei nicht zu setzen. Der sei „Handlanger der CDU“ und verhindere systematisch die „Wandlung“ der Freien Wähler zur Partei. Kälberer hingegen hält den Bayern für einen Selbstdarsteller. „Schon Frau Pauli war eine Egomani. Herr Aiwanger ist kein bisschen besser.“

Die Baden-Württemberger mit ihren rund 10 000 Mitgliedern sind Anfang 2009



Heinz Kälberer (links) will verhindern, dass Hubert Aiwangers Gruppe im März zu Wählerstimmen kommt. Fotos: StZ

aus dem Bundesverband ausgetreten. Sie hatten sich zuvor gemeinsam mit dem Landesverband Sachsen erfolglos gegen Kandidaturen bei der Europawahl gestemmt. „Das Original ist parteilos und kommunal“ lautet einer der Leitsätze Kälberers und der seinen. Längst steht der Beschluss, auch die anstehende Landtagswahl 2011 vorüberziehen zu lassen.

Ohne politische Initiative auf Landesebene werden die Freien Wähler in den kommenden Monaten nun aber doch nicht bleiben können. Das Nürnberger Gericht stellte fest, der baden-württembergische Landesverband unterliege nicht dem Par-

teienprivileg und besitze keinen Namensschutz, die Koexistenz mit der neuen Gruppierung sei hinzunehmen. Nun werde man überall deutlich machen, was Original und was Fälschung sei, sagt Heinz Kälberer.

Aiwanger kalkuliere mit der Namensverwechslung, behaupten die erfolglosen Kläger. Er spekuliere auf ein Wahlergebnis von mehr als einem Prozent. Dann, so Kälberer, bekäme die Partei nach dem Parteienfinanzierungsgesetz Geld aus dem Topf für Wahlwerbung. Die Freien Wähler haben ausgerechnet, dass 50 Cent pro abgegebener Stimme fließen könnten. Aiwanger kontert: „Von der Wahlkampfkostenerstattung wird man nicht fett.“ Dass es ihm nicht ums Geld gehe, zeige die Tatsache, dass seine Partei Parteispenden ablehne.

Der Riss zwischen den Namensgleichen mit den so unterschiedlichen Ambitionen scheint nicht mehr zu kitten. Auch Aiwangers Wahlkampfprogramm, so weit es vorhanden ist, steht im krassen Gegensatz zu den Namensvettern drüben in Baden-Württemberg. Kälberer steht für den Bau von Stuttgart 21. Aiwanger aber urteilt aus der Ferne übers Verkehrsprojekt: „Das ist eine politische Fehlentscheidung. Es hätte am Anfang Alternativen gegeben, die besser und billiger gewesen wären.“